

Völkstimme

Einzelpreis 130000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Völkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Wöchentlich 700000 Mark, Abnehmer 685000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile betritt 1,40 M., auswärts 1,80 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 0,90 M.; Vereinskalender 1,80 M.; die dreigespaltene, 90 Millimeter breite Reklamazeile betritt 2,00 M., auswärts 2,60 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Zeilenzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins, zuzüglich 125 000. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzveränderungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 208.

Magdeburg, Freitag den 7. September 1923.

34. Jahrgang.

Völkerbundskrise.

Das furchtbare Erdbeben in Japan, dem Tausende und aber Tausende von Menschen zum Opfer fielen, und der italienisch-griechische Konflikt lenken das Interesse der Welt von den Fragen ab, deren Klärung gerade uns Deutsche vorwiegend am Herzen liegt. Nicht ganz trifft diese Feststellung auf Frankreich zu. Denn die französische Regierung hat scheinbar gerade in Anbetracht der jetzt bezüglich der Ruhrfrage bestehenden Interesslosigkeit in den letzten Tagen im Ruhrgebiet neue Maßnahmen angeordnet, die in Deutschland erneuten Zweifel an dem von Poincaré immer wiederholten Verständigungswillen hervorgerufen mußten. Sie ließ durch die Interalliierte Rheinlandkommission eine Verordnung verkünden, über deren Verstoß gegen das Rheinlandabkommen kein Zweifel bestehen kann und stellt neuerdings einen Schritt in Aussicht, durch den die Ausgabe des Notgeldes für das besetzte Gebiet geregelt werden soll. Beide Maßnahmen können nur den Sinn haben, die deutsche Bevölkerung in eine starke Abhängigkeit zu den Besatzungsbehörden zu bringen.

Deutschland kann unter diesen Umständen nur eine schnelle Beilegung des italienisch-griechischen Konflikts herbeiführen, zumal dieser Streitfall bei weiterer Dauer und Verschärfung vielleicht noch größere Rückwirkungen auf die Lösung der Ruhrfrage ausüben könnte, als sie inzwischen nach unsern Vermutungen bereits erfolgt sind. Leider sind aber die Meinungsverschiedenheiten, die einer schnellen Erledigung des Streites zwischen Italien und Griechenland entgegenstehen, nicht gering. Dennoch sind sie zu überbrücken, wenn auf allen Seiten der gute Wille hierzu besteht, wenn alle Beteiligten die Achtung vor dem internationalen Recht und den internationalen Verträgen besitzen würden, die sie im Fall eines Angriffs nicht nur von dem Angreifer, sondern auch von allen andern Mitgliedern des Völkerbundes verlangen würden und könnten. Was liegt nicht ferner, als in dem bedauerlichen Streite für irgendeinen Teil Partei zu ergreifen, aber dennoch glauben wir bei aller Objektivität aussprechen zu dürfen, daß die größten Schwierigkeiten zur Beilegung des Konflikts bei Italien liegen.

Die italienische Regierung hat genau wie die übrigen alliierten Mächte den Versailler Vertrag unterschrieben und damit auch den ersten Teil dieses Vertrags, die Völkerbundsakte, anerkannt. Laut § 10 dieser Akte verpflichten sich alle dem Völkerbund angehörenden Staaten, die territoriale Unversehrtheit und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und jedem Angriff von außen her zu wehren. Ferner besagt der Artikel 12, daß alle etwa zwischen den Bundesmitgliedern entstehende Streitfälle, die zum Bruch führen könnten, dem Schiedsgerichtsverfahren oder einer Untersuchung durch den Rat zu unterbreiten sind und daß in keinem Falle vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Fällung des Schiedspruchs oder Erstattung des Berichts des Rates, zum Kriege geschritten werden darf. Italien hat weder den § 10 noch den Artikel 12 geachtet, denn seine Regierung ließ nach Ablauf eines 24stündigen Ultimatus, ohne Kenntnisgabe an den Völkerbund, Korfu besetzen. Diese militärische Maßnahme bedeutet zweifellos eine „kriegsgerichtliche Handlung“, die nach Artikel 16 der Völkerbundsakte eigentlich sämtliche übrigen Bundesmitglieder verpflichtet, unverzüglich mit Italien alle Handels- und finanziellen Beziehungen abzubrechen. Vor diesem Schritte sind die Bundesgenossen Italiens zurückgeschreckt. Lage der Fall umgekehrt, wäre Griechenland, also ein Staat, der machtpolitisch gegenwärtig keine besondere Bedeutung hat, der Angreifer, dann dürften auch die schönsten juristischen Begründungen, wie sie Mussolini seinem Vorgehen zugrunde legt, vergeblich sein — dann würde nach § 16 der Völkerbundsakte gehandelt!

So erweist sich der Genfer Bund der Völker, auf den dereinst so viel Hoffnungen gesetzt wurden, schon rein äußerlich als Spielzeug in der Hand einzelner alliierter Staaten. Das gleiche trifft zu für das Gesamtverhalten dieses Bundes, der leider Entschlußkraft bisher nur gekannt hat, wenn keine Gefahr für die innere Einheit der Entente-mächte bestand, der aber auf Konsequenz und auf Innehaltung seines Statuts selbst Verzicht leistete, als es hieß, den Namen „Völkerbund“ als im wahren Sinne des Wortes zu Recht bestehend zu rechtfertigen. Trotz des bereits acht Tage dauernden Konflikts, der verständigungsreifen Haltung Griechenlands und trotz des Druckes der englischen Regierung hat man in Genf noch nicht gewagt, auch nur eine Grundlage für die Lösung des Konflikts vorzuschlagen.

Statt dessen kapitulierte der „Bund der Völker“ vorläufig vor den Drohungen der italienischen Regierung, aus dem Bund auszutreten, wenn er es wagen sollte, sich über einen Konflikt zu äußern, dessen Klärung ihm statutengemäß zukommt!

Wir wollen hoffen, daß es der englischen Regierung noch gelingt, die Krise, die der Völkerbund jetzt erlebt, durch eine friedliche Lösung des italienisch-griechischen Konflikts zu erledigen und gleichzeitig das Prestige jener Fünftanz zu retten, die in erster Linie auf Anraten Englands im Jahre 1919 entstanden ist. Dazu aber ist vor allen Dingen ein Verzicht auf Machtpolitik, wie sie immer noch innerhalb der Entente betrieben wird, notwendig. Solange das Schwert in der Politik eine Rolle spielt — und das dürfte immer der Fall sein, solange kapitalistisch regierte Staaten bestehen —, dürfte der „Bund der Völker“ nie seinem Namen gerecht werden. Das wird erst dann möglich sein, wenn an Stelle machtpolitischer Interessen die Menschlichkeit auch auf dem Gebiete der äußeren Politik maßgebend ist, wenn der Sozialismus seinen Siegeslauf hinter sich hat.

Konflikt auch mit Südslawien?

Im italienisch-griechischen Konflikt ist noch keine Lösung sichtbar. Mussolini hat Erklärungen im Ministerrat veröffentlicht, die nur zu einer Verschärfung der Lage beitragen können. Er droht jetzt nicht nur mit dem Austritt aus dem Völkerbund, er macht auch deutliche Anspielungen auf dauernde Annexion von Korfu.

Es wird überdies befürchtet, daß Mussolini die Gelegenheit für günstig hält, im Streit um die Stadt Fiume zu Gewaltmitteln zu greifen. Die Verhandlungen zwischen Südslawien und Italien wegen Fiume sind durch plötzliche Forderungen Italiens auf einen gefährlichen Punkt zugekippt.

Völkerbund und Völkerbündlerkonferenz sind ratlos. Im Völkerbund hörte man die Vertreter Italiens und Griechenlands an und verlagte sich auf den nächsten Tag.

Der Dollar 33000000.

Am Mittwoch wurde in Berlin der Gulden mit 7 750 000 Mark, das englische Pfund mit 89 775 000 Mark

und der Dollar mit 19 500 000 Mark notiert und am Donnerstag mittag wurde der Dollar mit 33 Millionen Mark gehandelt. Der neue Sturz beweist, daß die Papiermark kaum noch getüht werden kann. Wirtschaft und Handel berechnen Entwertungszuschlag, der nichts anderes als eine Prämie dafür ist, daß sie die Reichsmark noch als Zahlungsmittel gelten lassen. So sind wir in eine Preisnarzisse gekommen, die in der Geschichte der Inflation ohne Beispiel ist.

Die breiten Massen können die Kosten für die Lebensbedürfnisse kaum noch erschwingen. Der wertbeständige Lohn ist schon illusorisch geworden. Der Marksturz eilt dem Index voraus und die bereits geschwächte Kaufkraft wird weiter reduziert. Störungen der Produktion, Arbeitslosigkeit, weitere unproduktive Ausgaben des Staates usw. werden die Folge sein.

Aber noch mehr: Der Entwertungsanschlag treibt die deutschen Preise über die Weltmarktpreise. Die starke Nachfrage nach englischen Pfunden beweist doch eben nur, daß man in England heute billiger kaufen kann als in Deutschland. Inflation und Repudiation stellen sich immer mehr als Kräfte dar, die den Staat und die Wirtschaft sprengen.

Diese Ueberlegung mag vielleicht Klarheit in die Debatte bringen, ob Deutschland nun zuerst die Währungs- oder die Wirtschaftsreform vorzunehmen habe. Währung und Wirtschaft stehen zueinander in Wechselbeziehungen. Die Reform beider wird sich nur parallel vollziehen können. Eine Reform der Wirtschaft wird aber nur möglich sein, wenn man zuerst unsere Produktion von dem tödlichen Druck befreit, der bis jetzt von der Geldseite her auf sie ausgeübt wurde. Wir sind deshalb nach wie vor der Auffassung, daß die drohenden Gefahren nur noch durch die Einführung eines wertbeständigen Zahlungsmittels eingedämmt werden können. In einer Zeit voller Katastrophensituationen sollte man auf halbe Maßnahmen verzichten und endlich einmal einen ganzen Schritt machen.

Debatte im Reichswirtschaftsrat.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Dienstag mit der Möglichkeit der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für den allgemeinen Verkehr und mit den Möglichkeiten zur Schaffung einer wertbeständigen Anlage.

Reichswirtschaftsminister v. Raumer leitete die Sitzung kurz ein, indem er auf die Wichtigkeit dieser Fragen hinwies. Der Reichsbankpräsident betonte, daß die Reichsbank in ihrer bisherigen Diskontpolitik nur langsam dem Drang nach Wertbeständigkeit folgen könne, weil sich die Wirtschaftskreise nicht schnell genug haben umstellen können. Eine große Gefahr erblickt Gabentien darin, die Wirtschaft zu zwingen, sich allgemein auf die Wertbeständigkeit festzulegen. Es sei erforderlich, in bezug auf den Diskontsatz Differenzierungen vorzunehmen. Die wertbeständigen Kredite setzen einen niedrigeren Zins voraus. Wenn die Reichsbank heute Wechsel nicht diskontiere, sondern Lombardiere, so handele es sich hier nur um eine Uebergangsmaßnahme. In bezug auf die wertbeständigen Zahlungsmittel erklärte der Reichsbankpräsident, daß die Reichsbank beabsichtige, wertbeständige Noten auszugeben, die als wertbeständige Anlage oder, da sie diskontiert werden können, auch als Ersatz für ein wertbeständiges Zahlungsmittel dienen können. Gabentien betont selbst, daß damit die Frage der wertbeständigen Zahlungsmittel nicht gelöst sei. Jedoch sei es das Höchstmögliche, was die Zentralnotenbank tun könne und tun würde. Gabentien betonte außerdem, daß jede Wertbeständigkeit kein Mittel sei, unsere Währung zu bessern. Alle technischen Maßnahmen der Wertbeständigkeit könnten nur das Risiko der Wertbeständigkeit verschleppen, nicht ausheben. Die Einzahlung von Papiermark auf Goldkonten belaste nur die Reichsbank mit dem Risiko. Das Reichsbankdirektorium habe sich entschlossen, Goldmarkkonten unter Anlehnung an den Dollar und nicht an das Pfund einzurichten.

In der anschließenden Debatte wurde u. a. auch die Frage der Errichtung einer privaten Goldnotenbank besprochen, ohne daß hierüber jedoch nähere Beschlüsse gefaßt wurden. Der Vorsitzende faßte am Schluß der Beratung das Ergebnis wie folgt zusammen:

Der Ausschuß hält die neuen Maßnahmen der Reichsbank für einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, aber keineswegs für etwas für die Dauer Erprobenswertes. Alle derartigen Maßnahmen können selbstverständlich nur Uebergangsmaßnahmen sein und entheben die Reichsregierung und die für die Reichsfinanzen verantwortlichen Stellen nicht der Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Ordnung in den Staatshaushalt gebracht wird — das bedeutet auf der einen Seite Beschränkung aller überflüssigen und vermeidbaren Ausgaben und auf der andern Seite Heranführung derjenigen Einnahmen, auf die der Staat Anspruch hat, in einer wertbeständigen Form — weitere wertbeständige Anlage- und Zahlungsmittel zu schaffen.

Der Währungsausschuß spricht dabei aus, daß die geplanten Beheßmaßnahmen zwecklos sind und unter Umständen sogar gefährlich werden können, wenn nicht gleichzeitig die vorher angekündigten durchgreifenden Maßnahmen getroffen werden.

Der Ausschuß steht in der Zurückhaltung der Devisen, wie sie die Reichsbank für notwendig hält, um sich Deckung für die Goldkonten zu schaffen, eine Verengung des Wirkungsgrades der deutschen Wirtschaft; es müßte infolgedessen der Reichsbank zur Pflicht gemacht werden, die Devisen nicht länger in ihrem Besitz zu behalten, als es jeweils zur Deckung der Goldkonten notwendig ist.

Gründung einer privaten Goldnotenbank?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit: Die Verhandlungen maßgebender Regierungsstellen mit den Banken und andern Wirtschaftskreisen ergaben Ueber einstimmung darüber, daß auf schnellstmöglichem Weg ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen werden muß. Diese Notwendigkeit empfindet man schon deshalb, weil die Annahmeverweigerung der Mark immer stärker um sich greift und sich insbesondere auf die Landwirtschaft in den letzten Tagen ausgebreitet hat. Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes würde so zur Folge haben, daß schon in aller Kürze die Märkte ohne Zufuhr neuer Lebensmittel sind. Ueber die dadurch drohenden Gefahren herrscht überall volle Klarheit. Deshalb auch die Absicht, zunächst eine private Goldnotenbank zu gründen.

Gewerkschaften und Währungsreform.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beschäftigen sich bereits seit mehreren Tagen mit der Frage der Goldwährung. Sowohl im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und im Allgemeinen freien Angestelltenbund als auch im Allgemeinen deutschen Beamtenbund wird die Auffassung vertreten, daß die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Tagen ein wertbeständiges Zahlungsmittel unbedingt notwendig macht. Am Freitag tritt der Bundesausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen, der sich ebenfalls mit der Einführung eines wertbeständigen Zahlungsmittels beschäftigen wird und zu dieser Frage endgültig für die freigewerkschaftlichen

Deutschlands anerkennen — eine Anerkennung, die sich natürlich in den Tagen zeigen muß — und die revolutionäre Arbeiterklasse, die in der internationalen sozialen Befreiung der Arbeiterklasse die nationale Befreiung eingeschlossen sieht, können praktisch eine Straße zusammenwerfen: bis zu diesem gemeinsamen Schnittpunkt.

In welcher Form?
Solange diese so bestimmten nationalen Kreise an ihrem national begrenzten Ausgangspunkt festhalten nicht in der Form des Anschlusses an die kommunistische Partei — dies ist und bleibt eine internationale proletarische Partei — sondern in der Form eines Bündnisses selbständiger, für bestimmte, genau umschriebene Ziele.

Die „rote Fahne“ ist also bereit zu einem Bündnis mit den Nationalisten, um über die innere Revolution zur äußeren Befreiung zu gelangen. Das ist der Standpunkt Hitlers: erst muß der innere Feind erledigt werden. Und über den „inneren Feind“ sind Nationalisten und Kommunisten sich einig: die deutsche Republik und deren treueste Stützen, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Wenn man sich diese Dinge vor Augen hält, ist es nicht allzu schwer, den Verlauf der nächsten kommunistischen Aktion vorauszuversagen. Moskau und seine Trabanten werden versuchen, die deutschen Arbeiter unter Ausnutzung ihrer Not „spontan in Bewegung zu bringen“ und dieser Bewegung das „revolutionäre Ziel des Befreiungskampfes gegen die Entente“ zu geben, in der Hoffnung, damit, wenn schon nicht die Massen der Arbeiter, so doch die nationalistischen Organisationen vor den Karten der russischen Außenpolitik zu spannen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben die Pflicht, sich schon jetzt auf die Abwehr der kommunistisch-faschistischen Pläne vorzubereiten. Was für sie und für das ganze deutsche Volk auf dem Spiele steht, ist in dem Moskauer Aufruf und dem Artikel Nabels deutlich gekennzeichnet. In den Betrieben muß jetzt schon die Aufklärungsarbeit einleiten, die kommunistischen Arbeiter müssen vor die Frage gestellt werden, ob sie den Moskauer Befehlen gehorchen wollen, gemeinsam mit den Faschisten die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu zerstören, ob sie gemeinsam mit den Faschisten den Angriff auf die deutsche Republik unternehmen wollen, ob sie gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern für eine Verständigung mit Frankreich und für die Erhaltung der deutschen Einheit, gegen die Gefahr kriegerischer Abenteuer, gegen den Bürgerkrieg kämpfen wollen.

Kommunistische Betriebsrätepraxis.

Die Firma Donatos u. Bach, Bildhauerei, Berlin, machte ihren Arbeitern am 2. August ein Angebot auf Einführung von 7 Stunden. Das Angebot wurde unter Führung des kommunistischen Betriebsrats zurückgelehnt. Einem Inhaber der Firma gegenüber wurde das Angebot sogar als „unmenschlich“ bezeichnet.

Man fand sich aber in der „Roten Fahne“ eine Forderung der faschistischen „Kampfkommunisten“, die sich fast genau mit dem von den Kommunisten abgelehnten Vorschlag der Firma deckt. Es hat einen gewissen Reiz, das abgelehnte Angebot der „kapitalistischen Firma“ und die Generalstreikparole der „revolutionären“ Kampfkommunisten miteinander zu vergleichen.

Die revolutionäre Forderung lautet am 11. August 1923:
1. Mindeststundenlohn für Arbeiter über 20 Jahre beträgt 60 Wfr. (60 Pfennig) = 284 000 Papiermark nach dem „Rote-Fahne“-Index vom 9. August.)
2. Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger.
3. Für qualifizierte Arbeiter sind entsprechend prozentuale Zuschläge zu zahlen.
3. Für gleiche Leistungen gleicher Lohn.
4. Für Jugendliche: kann ein geringerer Lohn verlangt werden, jedoch nicht unter 30 Wfr. (Wöchlinge gelten als jugendliche Arbeiter.)
5. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 17 bis 20 Jahren ist eine Lohnstaffel zu stellen, beginnend mit mindestens 40 Wfr. Minimallohn.
6. Kriegsbeschädigte erhalten vollen Lohn und sind ihrer Zahl entsprechend auf die Betriebe zu verteilen.
7. Diese Grundstundensätze sind, solange es keine feste Währung gibt, mit einem zuverlässigen Teuerungsindeks zu multiplizieren.
8. Als Grundlage der Indexberechnung gilt der Index der „Roten Fahne“, der aufgestellt ist nach Berechnungen vom Geheimrat Professor Dr. Hansen (Berlin) usw.
9. Der Index wird Mittwoch abends für das ganze Reich telegraphisch bekanntgegeben.
10. Die Lohnzahlungen erfolgen am Freitag. Am Montag oder Dienstag erfolgt eine Abschlagszahlung in der Höhe von zwei Dritteln des Lohnes der Vorwoche.
11. Der Lohnwochenabschluss ist Donnerstag abends.
12. Bei verspäteten Lohnzahlungen oder Lohnnachzahlungen muß die Entwertung entsprechend berücksichtigt werden.

Das abgelehnte kapitalistische Angebot lautet am 2. August 1923:
1. Der Mindeststundenlohn beträgt 60 Wfr.
2. Der Mindeststundenlohn nach 1 erhöht sich für:
a) Bildhauer, Dreher und Steinmetze um 63 1/2 Prozent.
b) für alle anderen Facharbeiter um 25 Prozent.
3. Für gleiche Leistungen gleicher Lohn.
4. Für Jugendliche und Lehrlinge wird der Lohn im Einvernehmen mit dem Betriebsrat festgesetzt.
5. Erledigt durch Abjag 4.

Als Arbeiter gelten alle Lohn- und Gehaltsempfänger.
2. Der Mindeststundenlohn nach 1 erhöht sich für:
a) Bildhauer, Dreher und Steinmetze um 63 1/2 Prozent.
b) für alle anderen Facharbeiter um 25 Prozent.
3. Für gleiche Leistungen gleicher Lohn.
4. Für Jugendliche und Lehrlinge wird der Lohn im Einvernehmen mit dem Betriebsrat festgesetzt.
5. Erledigt durch Abjag 4.

Der Erfolg der kommunistischen Betriebsratspolitik war, daß sich die Firma bereitwillig sah, sich am 7. August dem Arbeitgeberverband anzuschließen, um zukünftigen persönlichen Befehlsungen aus dem Wege zu gehen.
Gleich noch ein Beispiel, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, die Kollage der Arbeiter zu beheben, sondern nur darauf, aus der Roten Parteigeschichte zu machen. Beim Streike der Hochhäuser in Berlin forderten die Kommunisten eine Wirtschaftsbefreiung von 10 Millionen Mark.

Als sie Erfolge in diesem Sinne durchsetzen, beschimpfte der Kommunist Hedert die Arbeiter, sie hätten sich einen Judaslohn in die Hand drücken lassen. Also alles herunterreißen, selbst die eigenen Forderungen, wenn sie mit Hilfe der Gewerkschaften durchgesetzt sind.

Ordnung muß sein.

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“:
Es ist ein Glück, daß in diesen traurigen Zeiten doch immer wieder mal ein bißchen für Humor gesorgt wird. Als ein Gomburger Geschäftsmann im April mit seinem Auto nach Darmstadt fuhr, ahnte er noch nicht, daß diese Fahrt solche Folgen haben werde. Denn er fuhr in Darmstadt ganz harmlos auf der einen Seite des Ernst-Ludwig-Denkmal und wußte nicht, daß es die falsche Seite sei. Über der Schutzmann mußte es und schrieb es auf, nämlich die Nummer des Wagens. Sein Eigentümer wurde auf dem Dienstweg ermittelt und dann in Gomburg wegen der Uebertretung vernommen. Das Protokoll ging nach Darmstadt, und von dort kam nun vor einigen Tagen ein Schreiben des Darmstädter Amtsgerichts mit Zustellungsurkunde.
Dieses Schreiben war mit 12 Marken zu 4000 Mark und einer Marke zu 2000 Mark frankiert, und es enthielt einen Strafbefehl auf eine Geldstrafe von 1500 Mark und Zahlung der Kosten des Verfahrens, die mit 400 Mark angelegt waren. Man hat also 50 000 Mark für Porto ausgegeben und dafür 1900 Mark eingetrieben. — Man könnte meinen, aber sicherlich wäre die Meinung falsch. Denn Ordnung muß sein. —

Der sozialdemokratische Parteivorstand Magdeburg-Anhalt hat an den Parteivorstand in Berlin nachfolgende Aufforderung gerichtet:
„In unserm Bezirke greift, wie wohl auch in andern, in erschreckendem Maße die Arbeitslosigkeit um sich. Daneben arbeiten schon heute viele Tausende verkürzt. Wir sind der Auffassung, daß unbedingt von Reichs wegen mehr als bisher geschehen muß. Es kann nicht sein, daß Tausende und aber Tausende von Arbeitern auf der Straße liegen und daß dadurch die allgemeine Unsicherheit wächst. Es ist nun leider so, daß, wenn Leute auf der Straße sind und sich dazu in großer Not befinden, sie sehr leicht von politischen Demagogen für ihre sagenhaften Ziele gewonnen werden können. Das Reich hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß auf dem Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge mehr geschieht. Es kann auf die Dauer nicht gehen, daß ungeheure Summen für Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt und für diese Summen keine Werte geschaffen werden. Wir bitten euch dringend, auf die Reichsregierung in diesem Sinn einzuwirken.“

Dollar Amtliche Notiz vom
Mittwoch 19 950 000 **33200000** Mt.
Donnerstag mittag ca.
Bester Kurs in New York 25 000 000 Mt.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Der sozialdemokratische Parteivorstand Magdeburg-Anhalt hat an den Parteivorstand in Berlin nachfolgende Aufforderung gerichtet:
„In unserm Bezirke greift, wie wohl auch in andern, in erschreckendem Maße die Arbeitslosigkeit um sich. Daneben arbeiten schon heute viele Tausende verkürzt. Wir sind der Auffassung, daß unbedingt von Reichs wegen mehr als bisher geschehen muß. Es kann nicht sein, daß Tausende und aber Tausende von Arbeitern auf der Straße liegen und daß dadurch die allgemeine Unsicherheit wächst. Es ist nun leider so, daß, wenn Leute auf der Straße sind und sich dazu in großer Not befinden, sie sehr leicht von politischen Demagogen für ihre sagenhaften Ziele gewonnen werden können. Das Reich hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß auf dem Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge mehr geschieht. Es kann auf die Dauer nicht gehen, daß ungeheure Summen für Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt und für diese Summen keine Werte geschaffen werden. Wir bitten euch dringend, auf die Reichsregierung in diesem Sinn einzuwirken.“

Soweit unser Bezirk in Betracht kommt, wäre es notwendig, die öffentlichen Straßen neu herrichten zu lassen. Leider haben die kommunalen Verbände und die Provinz nicht die notwendigen Mittel. Es muß von Reichs wegen dafür gesorgt werden, daß diesen Stellen die geldlichen Mittel zur Verfügung stehen. Wir denken im übrigen an die Fortführung des Baues des sogenannten Mittelkanals. Zu unserm Bedauern ist da trotz unserm oftmaligen Ersuchens vom Reichs nicht genügend gehandelt worden. Es dürfte angebracht sein, die Reichsregierung auf die angebotenen Möglichkeiten hinzuweisen.
Des weitern entlassen viele Unternehmungen einen großen Teil ihrer Beschäftigten. Dadurch werden natürlich die angebotenen Gefahren noch größer. Es besteht kein Zweifel, daß viele Unternehmer die Entlassungen zum Zwecke der Steuerfabrikation vornehmen. Die Reichsregierung hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Demobilisationsverordnungen, welche immer noch in Kraft sind, strengstens eingehalten werden. Wir erwarten vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, daß sie alles tun werden, um dem Arbeitslosenstand abzuwehren.“

Meldungen von der Ruhr.

Ausgewiesener Regierungspräsident.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Der stellvertretende Regierungspräsident v. Amelungen ist von den Franzosen ausgewiesen worden; es ist der fünfte Stellvertreter des ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. Grünher.

Verhaftete Separatisten.

Nach einer Habasmeldung aus Düsseldorf hat gestern in Duisburg eine separatistische Versammlung stattgefunden, die durch das Eindringen der deutschen Polizei in den Saal gestört worden sei. Es seien 16 Arbeiter, die der separatistischen Partei angehörten, durch die deutsche Polizei in Mülheim verhaftet worden, angeblich, weil sie gegen den passiven Widerstand agitiert hätten. Das Direktorium der separatistischen Partei habe hierauf einen Protest an die Besatzungsbehörden gerichtet.

Beurteilte Stadtverordnete.

Der kommunistische Stadtverordnete Joseph Neuhäuser wurde von dem britischen Besatzungsgericht in Köln wegen Mißachtung des Ausweisungsbefehls zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe hat er dem Ausweisungsbefehl sofort Folge zu leisten.

Das belgische Militärpolizeigericht in Duer beurteilte eine Anzahl Einwohner von Duer und Marl wegen geringfügiger Vergehen gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörden zu Geldstrafen in Höhe von 5 bis 50 französischen Franc. Einige junge Leute wurden zu Gefängnisstrafen bei sofortiger Verhaftung verurteilt.

Fortsetzung des Gelbrauchs.

In Mülheim wurden auf dem Wege zur Reichsbankstelle 500 Milliarden in einer Handtasche untergebrachte unnummerierte Reichsbanknoten von den Franzosen weggenommen.
In Duisburg ersehnten belgische Kriminalbeamte bei der Stadtkaufhalle und nahmen über 68 Milliarden Mark, die zur Auszahlung an Erwerbslose und Kurzarbeiter bestimmt waren, weg.
In Dortmund wurden zwei Kassenboten des Bankhauses Ohnesorge auf dem Wege zur Distanzgesellschaft 30 Milliarden Mark und einem Noten der Darmstädter und Nationalbank auf dem Wege nach Hörde 25 Milliarden Mark von den Franzosen weggenommen.

Ein belgisches Kommando besetzte die Reichsbankstelle in Gamborn und nahm dort 80 Milliarden Mark weg, größtenteils Inhaberkontokonten.

Zusammenköße in Offen.

Ein Teil der noch im Ausschand befindlichen Besatzung Besatzungsgarnison zog am Mittwoch vormittag vor das Offener Rathaus. Den in das Rathaus eingedrungenen Personen w vom Bürgermeister Basel erklärt, daß die Stadtverwaltung eingreifen könne. Blaue Polizei säuberte dann den Platz, zwischen hatten sich auch Offener Arbeitslose versammelt, und beide Gruppen zogen gemeinsam zum Arbeitslosenamt, um dort eine Demonstration zu veranstalten. Auch hier griff die Polizei ein. Nachdem vergeblich einige Schreie abgegeben worden waren, machte die Polizei von den Sieb Wasser Gebrauch. Die Demonstranten wurden rasch zerstreut. Mittag war die Ruhe wiederhergestellt. Auf Seiten der Demonstranten gab es einige Leichtverletzte.

Eigene Regie mit Einberufenen.

Die Besatzung „Vittor“ in Raugel soll von den Franzosen in eigene Regie genommen werden. Französische Ingenieure und Arbeiter sind eingetroffen. In den letzten Tagen sind fast alle Beamten der Besatzung, die sich geweigert haben, unter französischer Regie weiter auf Besatzung „Vittor“ zu arbeiten, von den Franzosen verhaftet und ihnen die Ausweisung angedroht worden. Etwa 50 Beamte der Besatzung befinden sich in Haft.

Protest der Reichsregierung.

Die Reichsregierung bereitet einen Protest an alle alliierten Mächte gegen die letzte Verordnung der Rheinlandkommission, die eine Verletzung der deutschen Verwaltungshoheit bedeutet, vor. Die Regierung wird die Aufhebung der angeordneten Maßnahmen fordern. Ob dieser Protest die englische Regierung, die bisher auch den neuesten Akt der Rheinlandkommission über sich hinweggehen lassen, dazu veranlaßt, endlich der Willkür des Herrn Litard entgegenzutreten, ist in Anbetracht der allgemeinen politischen Verhältnisse in Europa sehr fraglich.

Notizen.

Der Teuerungszuschlag für die Reichsbeamten. Auf Grund der Verhandlungen mit den Spitzengewerkschaften wurde vorbehaltlich der Zustimmung von Reichsrat und Reichstag der Teuerungszuschlag für die Bezüge der Reichsbeamten, Pensionäre usw. mit Wirkung vom 1. September an auf 88 840 v. H. das entspricht einer Erhöhung des monatlichen Gehalts um 186 Prozent, der Frauenzuschlag auf 20 Millionen Mark monatlich festgesetzt. Die Nachzahlungen werden für die Zeit vom 1. bis 15. September ausbezahlt werden, wenn die Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Reichstags und Reichsrats erteilt worden ist.

Die Reichsarbeiterlöhne. Die Verhandlungen mit den Spitzengewerkschaften der Reichsarbeiter führten am Dienstag, wie gestern unter Depechen kurz gemeldet, zu einer Festsetzung der Lohnneuzahlungen von 2350 mit Wirkung vom 2. September. In Ortsklasse A wird der Stundenlohn in Klasse 1 bis 8 951 750 Mark, 930 600 Mark, 909 450 Mark, 888 300 Mark, 874 200 Mark, 860 100 Mark, 846 000 Mark und 585 150 Mark betragen. Der Frauen- und Kinderzuschlag beträgt 89 300 Mark.

Keine Steuererhöhung. Der Reichsfinanzminister läßt amtlich mitteilen, daß er vom Reichstag lediglich mit der Zustimmung der Steuerorgane beauftragt und nicht in der Lage ist, Steuererhöhungen zu berücksichtigen.

Reichswehrblock Moskau. Die Staatsanwaltschaft Magdeburg teilt mit, daß nach Lage der Sache noch nicht vorzuziehen ist, wann die Hauptverhandlung stattfinden wird. Doch ist jetzt schon sicher, daß die Verhandlung nicht schon im September stattfinden kann.

Depechen.

Schweres Eisenbahnunglück in Hannover.

Wb. Hannover, 6. September. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Um 4 Uhr morgens ist zwischen Wunstorf und Seelze der D-Zug 110, der von Berlin kommend Hannover in Richtung Hamm um 3.32 Uhr verläßt, auf den ebenfalls in voller Fahrt befindlichen D-Zug 138 (Dresden-Hannover-Bentheim-Holland) gestoßen. Zwei Wagen sind völlig zerstört. Zwei Gleise gesperrt. Bis jetzt sind zehn Tote und fünfzehn Verwundete festgestellt. Nähere Einzelheiten fehlen.

Eisenbahnunglück.

Wb. Paris, 6. September. Wie der „Temps“ aus Worms meldet, ist ein Zug auf der Strecke Worms-Mainz entgleist. Ein Deutscher wurde getötet, eine Deutsche verletzt. Die Ursache des Unfalls ist unbekannt.

Der deutsche Botschafter in Japan gerettet.

Wb. Berlin, 6. September. Nach hier eingetroffenen Mitteilungen ist der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solff, der Katastrophe nicht zum Opfer gefallen.

500 Europäer umgekommen.

Wb. Paris, 6. September. Ueber die Erdbebenkatastrophe in Japan liegen folgende neue Meldungen vor: Unter den Opfern der Katastrophe befinden sich der italienische Botschafter in Japan und der französische Generalkonsul in Tokio. Nach den letzten Schätzungen beträgt die Zahl der Toten in Tokio und Yokohama 240 000, die Zahl der Verletzten 450 000. In der Gegend von Yokohama sollen 500 Europäer umgekommen sein. Nach dem „Petit Journal“ liegen die Straßen Tokios und Yokohamas voll Leiden. An vielen Orten brennt das aus den Behältern der Standard Oil Company und anderer Gesellschaften ausgeflossene Petroleum noch.

Nach einer Mitteilung der Kaiserlichen Universität Tokio befand sich das Zentrum des Erdbebens 62 Kilometer südlich von Tokio.

Solidarisch mit Italien.

Wb. Rom, 6. September. Die „Tribuna“ meldet, Brasillien und Uruguay hätten beschlossen, ihre Vertreter beim Völkerverband zu beauftragen, sich mit der Haltung Italiens solidarisch zu erklären. Dies bedeute, fügt die „Tribuna“ hinzu, daß, wenn Italien aus dem Völkerverband austreten sollte, auch Brasillien und Uruguay den Völkerverband verlassen würden.

Jugoslawien zur Rume-Frage.

Wb. Paris, 6. September. Wie der „Matin“ mitteilt, wird die Frage von Rume, die sich zu komplizieren drohte, am Quai d'Orsay mit Aufmerksamkeit darauf hin geprüft, ob sie eine Einwirkung auf die italienische Krise haben könnte. Der jugoslawische Ministerpräsident Pajitch habe bei seiner Unterredung mit Boncaré erklärt, daß sich Jugoslawien sehr bereitwillig zeigen werde. In Paris sei man überzeugt, daß die italienische Regierung sich ebenso verständlich zeigen werde. Nach dem „Petit Parisien“ hat Pajitch bei seiner Unterredung mit Boncaré von lebhaften Befürchtungen gesprochen, die durch die Besetzung Korpus in Belgrad entstanden seien. Nach dem „Petit Journal“ war der Hauptzweck des Besuchs von Pajitch bei Boncaré, sich nach den Aussichten einer 800-Millionen-Anteile, die Frankreich Jugoslawien bewilligen wolle, zu erkundigen. Pajitch habe Boncaré gebeten, den Anleiheplan mit größter Beschleunigung ratifizieren zu lassen.

Die kleine Entente droht.

Wb. London, 6. September. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß die kleine Entente Frankreich und allen ihren Freunden hätte zum Ausdruck bringen lassen: 1. daß, wenn der Völkerverband nicht seine Pflicht mit Bezug auf die Besetzung von Korfu tue, sie ihn verlassen werde; sie würde es vielleicht sogar ablehnen, in Zukunft die Jurisdiction der Ententemächte anerkennen, wenn letztere es zulassen sollten, daß die Interessen der kleinen Nationen geopfert werden; 2. daß, wenn Griechenland zu irgendeiner weiteren Mobilisierung und weiteren Bewegungen übergehen sollte, auch sie unzugänglich mobilisieren würden.

